

1. NT zur Vereinbarung

über den grundhaften Ausbau der Ortsdurchfahrt Gömnigk der Gemeinde Brück im Zuge der B 246 Abschnitt 560 km 1,50 bis 2,54 einschließlich erforderlicher Leitungsverlegungen

Zwischen dem	Land Brandenburg handelnd für die Bundesrepublik Deutschland und im eigenem Namen
vertreten durch das	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
vertreten durch den	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg
vertreten durch den	Vorstandsvorsitzenden
	Dienststätte Potsdam Steinstraße 104-106 14480 Potsdam
nachstehend	„Straßenbauverwaltung“ genannt,
der	Stadt Brück
vertreten durch das	Amt Brück Ernst-Thälmann-Straße 59 14822 Brück
vertreten durch den	Amtsleiter
nachstehend	„Stadt“ genannt,
dem	Wasserverband "Hoher Fläming" Gregor-von-Brück-Ring 20 14822 Brück
vertreten durch den	Verbandsvorsteher
nachstehend	„WVV“ genannt
dem	Abwasserzweckverband "Planetal" Ernst-Thälmann-Str. 59 14822 Brück
vertreten durch den	Verbandsvorsteher
nachstehend	„AZV“ genannt

Entwurf

und der

NBB Netzgesellschaft
Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG
Regionalzentrum Brandenburg
Betriebsbüro Potsdam
Großbeerenstraße 181-183
14482 Potsdam

nachstehend

„NBB“ genannt

werden folgende Ergänzung zur Ursprungsvereinbarung getroffen:

Zu I. Allgemeines
Zu § 1
Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Der WVV, der AZV und die NBB treten der Vereinbarung über die Gemeinschaftsmaßnahme zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Gömnigk im Zuge der B 246 bei.
Im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahme erfolgt im Auftrag des WVV eine Verlegung der parallel der B 246 durch die Ortslage verlaufenden TW Leitung in 2 Bauabschnitten. Im Bereich zwischen ca. Bau-km 0+410 bis 0+815 soll diese in geschlossener Bauweise mit gesteuertem Rohrvortrieb (HDD Spülbohrverfahren) erfolgen. Im weiteren Verlauf von ca. Bau-km 0+095 bis 0+410 soll die Leitungsverlegung im offenen Rohrgraben unterhalb des Gehweges ausgeführt werden. Für die Umbindung der HA wird wegen der Höhenlage der vorhandenen bzw. geplanten Schmutz- und Regenwasserleitungen ebenfalls eine geschlossene Bauweise angestrebt.
Der AZV „Planetal“ muss im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahme 3 SW-Hausanschlüsse sichern und voraussichtlich 4 weitere Hausanschlüsse verlegen. An den SW Schächten S9 und S10 werden Umbauten an den Schächten erforderlich.
Die Leitungsverlegungen des WVV und des AZV werden einschließlich der erforderlichen Erdarbeiten im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahme durchgeführt.
Die Verlegung von Gas-Leitungen erfolgt während des geplanten Ausbaus der OD separat im Auftrag der NBB. Die dafür erforderlichen Erdarbeiten unter dem Straßenbauplanum und der Leitungsrückbau der Bestandsleitung werden Bestandteil der Gemeinschaftsmaßnahme. Die Koordinierung der Leitungsverlegung erfolgt durch die gemeinsame Bauoberleitung.
Entsprechend der geführten Abstimmung mit dem Breitbandbeauftragten des Landkreises PM und der Stadt sollen Leerrohre DN 100 für die künftige Breitbandversorgung entsprechend des allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 02/ 2018 des BMVI zur Nutzungsrichtlinie der Bundesfernstraßen, Teil E im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme verlegt werden da in der Ortsdurchfahrt bisher kein ausreichendes digitales Hochgeschwindigkeitsnetz vorhanden und seitens der Privatwirtschaft innerhalb der nächsten 3 Jahre auch keine Verlegung geplant ist.
Die Leerrohre (passive Netzinfrastruktur) werden nach Fertigstellung von der Gemeinde zur weiteren Sicherung einer Breitbandnetzversorgung übernommen. Dazu sind weiterführende Regelungen mit der Stadt und dem Breitbandbeauftragten außerhalb dieser Vereinbarung zu treffen.
Mit dem Straßenausbau, aber außerhalb der Gemeinschaftsmaßnahme erfolgt die Ergänzung der kommunalen Straßenbeleuchtung im Auftrag der Stadt durch die e.dis, sowie Leitungsverlegungen der Telekom, diese jeweils in Eigenregie der Unternehmen.
- (2) Art und Umfang der Maßnahmen bestimmen sich nach der im Auftrag des Landesbetriebes Straßenwesen, Dienststätte Potsdam erstellten Ausführungsplanung des Ingenieurbüros Haßmann & Kaula vom2018, der im Auftrag des WVV für die TW-, sowie im Auftrage des AZV für die SW-Leitungsverlegung erstellte Planung des Ing. Büro Klenke (hier einschließlich eines koordinierten Leitungsplanes) und der Planung der Erdarbeiten zur Verlegung der Gasleitungen durch das Ing. Büros InfraBB (Herr Grütz) im Auftrage der NBB.

- (3) Grundlage des Vertrages sind das Bundesfernstraßengesetz (FStrG), die Ortsdurchfahrtsrichtlinie (ODR), die Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung (ABBV 2010), die Kreuzungsrichtlinie (StrakR), die Fernstraßenkreuzungsverordnung (FStrKrV), das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit dem Brandenburgischen Wassergesetz (BbgWG), die Richtlinie über die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinie) sowie das Telekommunikationsgesetz (TKG) in Verbindung mit dem allgemeinen Rundschreiben Straßenbau Nr. 02/ 2018 des BMVI und die sonst für die Straßenbauverwaltung geltenden Vorschriften und Richtlinien.

Zu § 2 **Durchführung der Baumaßnahme**

- (1) Die Baumaßnahme wird im gegenseitigen Einvernehmen der Vereinbarungspartner durchgeführt.
- (2) Die Straßenbauverwaltung ist für die Planung, Bauabwicklung, Bauüberwachung und Abrechnung der Straßenbauarbeiten einschließlich der Seitenbereiche, der Entwässerung und der Begrünung zuständig. Der WVV plant die Verlegung der Trinkwasser- und der AZV die Verlegung der Schmutzwasserleitung. Diese übergeben die entsprechenden Leistungsbeschreibungen als Bestandteil der Ausschreibungsunterlage an die Straßenbauverwaltung.
Die NBB plant die Verlegung der Gasleitung. Sie übergibt die entsprechende Leistungsbeschreibung für die im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahme auszuführenden Erdarbeiten als Bestandteil der Ausschreibungsunterlage an die Straßenbauverwaltung.
- (3) Die Formblätter nach HVA-B-StB werden für die Gemeinschaftsmaßnahme durch die Straßenbauverwaltung erstellt.
Forderungen zu wertungsrelevanten Eignungsnachweisen oder Besonderheiten in den Vertragsbedingungen sind mit der Straßenbauverwaltung abzusprechen.
Das LV ist der Straßenbauverwaltung in der DA 81 unter Berücksichtigung der BMVBS-Anwenderhinweise (BMVBW Stand 2001) fehlerfrei zu übergeben. Bedarfspositionen sind nicht zu verwenden.
- (4) Die Gemeinschaftsmaßnahme wird in Abschnitte untergliedert:
- Abschnitt 0: Allgemeine Kosten (Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung (AG: Straßenbauverwaltung/ Stadt/ WVV, AZV, NBB)
 - Abschnitt 1: Baufeldberäumung, Umleitung, Straßenausbau, Fahrbahnteiler, Busbucht, Regenentwässerung, Wiederherstellung verdrängter Seitenbereiche (AG: Straßenbauverwaltung)
 - Abschnitt 2: sonstige Seitenbereiche, Gehwege, Zufahrten, Parkflächen, Buswendestelle (AG: Stadt)
 - Abschnitt 3: Regenwasservorflut (AG: Straßenbauverwaltung/ Stadt)
 - Abschnitt 4: Anpassung der verdrängten, vorhandenen Beleuchtung (AG: Straßenbauverwaltung)
 - Abschnitt 5: Verlegung TW-Ltg. (AG: WVV)
 - Abschnitt 6: Verlegung SW –Ltg (AG: AZV)
 - Abschnitt 7: Erdarbeiten für Gas-Ltg. (NBB)
 - Abschnitt 8: Verlegung von Leerrohren für die Breitbandversorgung (AG: Straßenbauverwaltung)

Die Vereinbarungspartner sind Auftraggeber für ihre jeweiligen Teilleistungen.

Die Straßenbauverwaltung übernimmt die Durchführung des Vergabeverfahrens bis zur Zuschlagserteilung für die Gemeinschaftsmaßnahme. Die Zuschlagserteilung über alle Abschnitte erfolgt an den Bieter mit dem gesamtwirtschaftlichsten Angebot.

Der Bieter muss die notwendigen fachlichen Qualifikationen nachweisen.

Die Teilleistungen der Stadt und die Erdarbeiten für die NBB werden im Namen und für Rechnung dieser durch die Straßenbauverwaltung vergeben. Der WVV ist Auftraggeber für die Verlegung der Trink- und der AZV Auftraggeber für die Verlegung der Schmutzwasserleitungen. Beide Vereinbarungspartner verpflichten sich zum Datum der Bindefrist den Zuschlag für diese Leistungen zu erteilen. Ihnen obliegt im Weiteren die Bauabwicklung, Bauüberwachung, die Abrechnung, die Überwachung der Verjährungsfristen und Geltendmachung der Mängelansprüche für diese Leistungen.

Die NBB vergibt die Verlegung der Gasleitung eigenständig, zeitlich koordiniert mit der Gemeinschaftsmaßnahme. Diese Arbeiten müssen sich der Technologie des Straßenbaus unterordnen.

- (5) SiGe-PLAN und Koordinator, eine Bauoberleitung und Bauüberwachung, sowie eine Beweissicherung für die angrenzenden Gebäude, Kontrollprüfungen und Vermessungen werden im Auftrag und zu Lasten aller Vereinbarungspartner von der Straßenbauverwaltung für die Gemeinschaftsmaßnahme beauftragt.
- (6) Die Stadt organisiert zeitnah nach Zuschlagserteilung eine Anwohnerversammlung. Daran werden die Straßenbauverwaltung, der WVV, der AZV und die NBB sowie die beauftragte Baufirma teilnehmen. Abstimmungen mit den Anliegern wird die Stadt in Zusammenarbeit mit der Straßenbauverwaltung und den anderen Vereinbarungspartnern durchführen.
- (7) Federführend wird die Bauoberleitung durch die Straßenbauverwaltung abgesichert. Die Stadt, der WVV, der AZV und die NBB benennen einen Verantwortlichen als Ansprechpartner für die Mitwirkung bei der Umsetzung der Baumaßnahme.
- (8) Veränderungen gegenüber den bestätigten Ausführungsunterlagen während der Bauausführung sind zwischen den Vereinbarungspartnern im Rahmen der regelmäßigen gemeinsamen Baubesprechungen abzustimmen. Bei Änderungen der Ausführungsplanung und bei Änderungen der Baukosten der Vereinbarungspartner über 10% wird die Straßenbauverwaltung vor Veranlassung Einvernehmen herstellen. Änderungen auf Wunsch der Vereinbarungspartner, die eine Planungsfortschreibung zur Folge haben, müssen von der Straßenbauverwaltung freigegeben werden. Treten bei der Bauausführung Änderungen auf, so hat die Kosten dafür derjenige zu tragen, der sie verlangt oder hätte verlangen müssen.
- (9) Bei Anmeldung/Durchführung von Leistungen durch die Baufirma entsprechend der VOB/B § 2 Nr. 3, 5 oder 6 werden Nachträge zum Bauvertrag durch die Straßenbauverwaltung vereinbart. Soweit sich die Nachträge auf Leistungen der Vereinbarungspartner beziehen, wird dazu vor der Erteilung das Benehmen mit diesen hergestellt. Die Straßenbauverwaltung übergibt zeitnah die vereinbarten Nachträge.
- (10) Nach Beendigung der Bauarbeiten erfolgen gemeinsame Abnahmen. Die jeweils zuständigen Vereinbarungspartner laden rechtzeitig, mindestens 7 Tage vorher, ein.
Die Straßenbauverwaltung überwacht die Verjährungsfristen und macht Mängelansprüche gegenüber dem Auftragnehmer für die durch sie vergebene Leistungen geltend.
Der WVV bzw. der AZV überwachen die Verjährungsfristen der durch sie vergebenen Leistungen und machen die daraus erwachsenen Mängelansprüche eigenständig gegenüber dem AN geltend.

Die Abnahme Leistungen aus den Abschnitten 5 und 6 durch den WVV bzw. den AZV müssen vor Abnahme der Leistungen aus den Abschnitten 1-3 durch die Straßenbauverwaltung erfolgen.

Zu II. Kostenverteilung
Zu § 3
Kosten Fahrbahn, Gehweg, Zufahrten,
Leitungsverlegungen

(1) Die Straßenbauverwaltung trägt im Bereich der B 246 die Kosten für:

- die Baufeldberäumung
- Maßnahmen zur Gewährleistung der Ver- und Entsorgung, sowie des ÖPNV, Beschilderung der weiträumigen Umleitung und zur Beseitigung umleitungsbedingter Schäden
- den Ausbau der Fahrbahn einschließlich der Schutzstreifen für den Radfahrer, der Fahrbahnteiler und der Busbucht über dem Planum (Aufweitung im Knotenpunkt Dorfstraße / Niemegker Straße)
- die Wiederherstellung der verdrängten Borde am nördlichen Fahrbahnrand einschließlich der dort abgesenkten Borde im Bereich der Zufahrten
- die Borde im Bereich der Fahrgastwarteflächen
- der Wiederherstellung des Unterbaus des vorhandenen Gehweges einschließlich Sicherheitsstreifen und der dort befindlichen, bereits befestigten Zufahrten (in der Breite des verdrängten Gehweges) auf der nördlichen Fahrbahnseite
- die Anpassung der bereits befestigten Zufahrten und des Grünstreifens auf der südlichen Fahrbahnseite bis zu einer Breite von 1,0 m von der neuen Fahrbahnkante
- die Tiefborde zwischen Fahrbahn und Parkbuchten
- die Bankette und Mulden im Bereich der offenen Entwässerung
- die lage- und höhenmäßige Anpassung der einmündenden kommunalen Straßen und Wege
- der Verlegung der Leerrohre für die Breitbandversorgung (entsprechend TKG §77i Abs.7 Satz 1).

Die Straßenbauverwaltung beteiligt sich außerdem entsprechend ODR Pkt. 13 mit einem Kostenbeitrag von 11,- € pro lfd. m erstmals verlegtem Bord auf der südlichen Fahrbahnseite.

(2) Die Stadt trägt die Kosten für:

- die Wiederherstellung des Deckbelages (Oberbau) des Gehweges, nördliche Fahrbahnseite und die abschnittsweise Neuanlage von Gehwegen bzw. Fahrgastwarteflächen auf der südlichen Fahrbahnseite über dem Planum (einschließlich Sicherheitsstreifen und Ausstattung Fahrgastwarteflächen).
- die Parkbuchten einschließlich Hochborde und Sicherheitsstreifen
- die Neuanlage der Grünflächen zwischen Fahrbahn und Gehweg (außerhalb des Anpassungsbereiches)
- die Oberstreifen zwischen Gehweg und Grundstück
- die Zufahrten (außerhalb der Kosten für die Wiederherstellung bzw. Anpassung nach §3(1))
- die Buswendestelle
- die Fahrgastwarteflächen, einschließlich Ausstattung

(3) Der WVV trägt die Kosten der TW-Leitungen einschließlich der Erdarbeiten bis Höhe Planum.

(4) Der AZV trägt die Kosten der SW-Leitungen einschließlich der Erdarbeiten bis Höhe Planum.

- (5) Die NBB trägt die Kosten der Erdarbeiten für die Verlegung der Gasleitung bis Höhe Planum und beauftragt die Verlegung der Gasleitungen eigenständig, zeitlich koordiniert mit der Gemeinschaftsmaßnahme.
- (6) Die Straßenbauverwaltung trägt die unter § 3(1) benannten Kosten der Baufeldberäumung und die Kosten zur Wiederherstellung und Anpassung der Seitenbereiche (Borde, Sicherheitsstreifen, Gehwege, Zufahrten) auf Grund der Verdrängung durch die Veränderung des Fahrbahnquerschnittes der B 246 (ODR Pkt.12(2)).

(Anlage 3 Kostenteilung Tabelle)

Die für die **Straßenbauverwaltung** anfallenden Straßenbaukosten einschließlich der Kosten für die Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung und die Umleitungsführung während der Baumaßnahme betragen voraussichtlich **ca.1,60 Mio € brutto**.

Die für die **Stadt** anfallenden Kosten einschließlich der Kosten für die Baustelleneinrichtung, und Verkehrssicherung betragen voraussichtlich **ca. 275,- T€ brutto**.

Die für den **WVV** anfallenden Kosten für den 1. und 2. BA einschließlich der Kosten für die Baustelleneinrichtung, und Verkehrssicherung betragen voraussichtlich **ca. 427,- T€ brutto**.

Die für den **AZV** anfallenden Kosten einschließlich der Kosten für die Baustelleneinrichtung, und Verkehrssicherung betragen voraussichtlich **ca.,- T€ brutto**.

Die für die **NBB** anfallenden Kosten einschließlich der Kosten für die Baustelleneinrichtung, und Verkehrssicherung betragen voraussichtlich **ca.,- T€ brutto**.

Die Kostenanteile werden mit Vergabe der Baumaßnahme an den Auftragnehmer konkretisiert.

Die endgültigen Kostenanteile werden nach Aufmaß und Schlussrechnung der Baumaßnahme ermittelt.

Zu § 8 Archäologie

Die Straßenbauverwaltung erteilt für die Gemeinschaftsmaßnahme den Auftrag für die archäologische Begleitung von Bodendenkmälern. Die Kosten werden entsprechend der Veranlassung zwischen den Vereinbarungspartnern geteilt.

Zu § 10 Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung

- (1) Die Kosten der in der Ausschreibung enthaltenen Titel für die Baustelleneinrichtung, deren Vorfahrt einschließlich des Baubüros sowie für die Verkehrssicherung werden für die Gemeinschaftsmaßnahme im Verhältnis der anteiligen Baukosten zwischen den Vereinbarungspartnern geteilt.
- (2) Die Kosten für die Umleitung zur Verkehrsführung während der Baumaßnahme einschließlich aller daraus entstehenden Folgekosten trägt die Straßenbauverwaltung.

Die Kosten der Stadt für die Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung betragen auf **ca. 17,- T€ brutto**.

Die Kosten des **WVV** für die Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung betragen auf **ca.44,- T€ brutto**.

Die Kosten des **AZV** für die Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung betragen auf **ca.,- T€ brutto**.

Die Kosten der **NBB** für die Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung betragen auf **ca.,- T€ brutto**.

Die Kosten für die Straßenbauverwaltung für die Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung und die Umleitungsführung während der Baumaßnahme betragen **ca. 145,- T€ brutto**.

Ggf. anfallende Mehrkosten durch Bauverzögerungen sind jeweils durch den Verursacher zu tragen.

Die Kosten für die Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung sind unter § 3 der Vereinbarung berücksichtigt.

Zu § 14 Verwaltungskosten

Die Stadt wird mit 10% der anteiligen Baukosten der Gemeinschaftsmaßnahme beteiligt. Damit sind für diese alle Verwaltungskosten, wie z.B. Kosten der Bauüberwachung / Bauoberleitung, die Planungskosten (B 246) und die Aufwendungen der Straßenbauverwaltung für Ausschreibung und Vergabe, für die getrennte Abrechnung, für die Beweissicherung, Kontrollprüfungen und Vermessung und den SiGe-Plan inklusive Koordinator abgegolten.

Der WV, der AZV und die NBB tragen entsprechend ihrer Baukostenanteile aus der Gemeinschaftsmaßnahme Kosten für die Bauoberleitung und den SiGe-Plan inklusive Koordinator.

Zu § 15 Zahlungspflicht und Abrechnung

- (1) Die Vereinbarungspartner verpflichten sich, die nach dieser Vereinbarung auf sie entfallenden Kostenanteile zu übernehmen. Die Zahlung der Baukosten erfolgt durch die Vereinbarungspartner direkt an den jeweiligen Auftragnehmer, die Zahlung der Verwaltungskosten an die Straßenbauverwaltung nach Rechnungslegung.
- (2) Für die im Namen und auf Rechnung der Stadt und der NBB vergebenen Bauleistungen werden die Rechnungen von der Straßenbauverwaltung geprüft, abgezeichnet und zur fristgemäßen Zahlung an die Beteiligten weitergeleitet.
- (3) Die Abrechnung der Kosten der gemeinsam zu finanzierenden Arbeiten (z.B. Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung,) erfolgt durch den Auftragnehmer anhand des vorläufigen Kostenteilungsschlüssels nach Bausummen. Der Kostenteilungsschlüssel wird aufgrund der Kostenberechnung ermittelt und behält seine Gültigkeit bis zum Abschluss der Baumaßnahme. Die Vereinbarungspartner leisten entsprechend dem Baufortschritt Abschlagszahlungen.
Nach Fertigstellung und Abnahme der Baumaßnahme wird durch die Straßenbauverwaltung der endgültige Kostenteilungsschlüssel auf der Grundlage der tatsächlichen Baukosten ermittelt. Für die Abrechnung der sich daraus ergebenden Mehr-/ bzw. Minderkosten ist die Straßenbauverwaltung verantwortlich. Die insgesamt zu leistende Zahlung wird innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Abrechnung fällig. Bei Zahlungsverzug der Vereinbarungspartner werden vom Tage der Fälligkeit bis zum Zahlungseingang bei der Kasse Verzugszinsen in Höhe des zu diesem Zeitpunkt geltenden Prozentsatzes über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB berechnet. Anderweitige Zinsansprüche werden nicht erhoben.

Zu III. Sonstige Regelungen

Zu § 16 Baulast nach Fertigstellung

- (1) Die Baulast an den fertiggestellten Straßenteilen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
Es besteht zwischen der Straßenbauverwaltung und der Stadt Übereinstimmung, dass die **Stadt die Bau- und Unterhaltungslast** übernimmt für:

- die Gehwege
- die Parkbuchten einschließlich dazu gehöriger Hochborde und Sicherheitsstreifen
- die Grünflächen und Sicherheitsstreifen zwischen Fahrbahn und Gehweg
- die Oberstreifen zwischen Gehweg und Grundstücksgrenze
- die Zufahrten
- die Hochborde und die abgesenkten Hochborde
- die einmündenden kommunalen Straße und Wege einschließlich der neu gebauten Buswendschleife Höhe Einmündung Dorfstraße aus Richtung Niemegker Str.
- die Fahrgastwarteflächen einschließlich Ausstattung und Zuwegung
- die kommunale Straßenbeleuchtung
- die passive Netzinfrastruktur (Leerrohre) für die Breitbandversorgung und deren weitere Verwertung

sowie die Reinigungspflicht der Regenentwässerungsanlagen

Die **Straßenbauverwaltung** übernimmt die **Bau- und Unterhaltungslast** für:

- die Fahrbahn der B 246 einschließlich Schutzstreifen, Querungshilfen und der Aufweitung Höhe Einmündung Niemegker Str.
- die Regenentwässerung einschließlich der Reinigungsanlage und des Auslaufbauwerks (bauliche Unterhaltung und Erneuerung bei Abgängigkeit)
- Mulden und Bankette
- die Wegweisung, Beschilderung und Markierung

Der **WV** übernimmt die **Bau- und Unterhaltungslast** für die Einrichtungen der TW-Versorgung.

Der **AZV** übernimmt die **Bau- und Unterhaltungslast** für die Einrichtungen der SW-Versorgung.

Die **NBB** übernimmt die **Bau- und Unterhaltungslast** für die Einrichtungen der Gasversorgung.

§ 17

Schriftform und Ausfertigung

- (1) Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Diese Vereinbarung wird fünffach ausgefertigt. Die Vereinbarungspartner und die Straßenbauverwaltung erhalten je eine Ausfertigung.

Für die Straßenbauverwaltung

Potsdam, den

Für die Stadt

Brück, den

Im Auftrag

Frank Schmidt
Dezernatsleiter Planung West

Marko Köhler
Amtsdirektor

**Für den
Wasserverband "Hoher Fläming"**

**Für den
Abwasserzweckverband "Planetal"**

Thomas Hemmerling
Verbandsvorsteher

Marko Köhler
Verbandsvorsteher

Entwurf

**Für die
NBB Netzgesellschaft**

.....

Anlage 3: Kostenteilung Tabelle